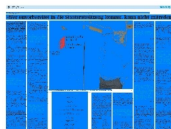


**WB-Monatgespräch | Mit dem Walliser Staatskanzler und Dr. iur. Philipp Spörri über seine Aufgaben, die Form der Walliser Regierung, das Walliser Verhältnis zu Bundesbern und die stets wachsende kantonale Verwaltung
«Wer unvorbereitet in die Staatsratssitzung kommt, kann nicht mitreden»**



«Erster Diener des Staatsrates». Staatskanzler Dr. Philipp Spörri sieht die Walliser Kantonsverwaltung schlank und effizient. Und die Regierung gut unterwegs.



Der Walliser Staatskanzler Philipp Spörri (61) ist kein Mann, der die Scheinwerfer der Öffentlichkeit sucht. Er fühlt sich wohler in seiner Rolle als «erster Diener des Staatsrates», wie er selbst sagt. Diese Aufgabe erfüllt er mit Effizienz und nach modernen Führungsgrundsätzen. Das zeigte sich bereits bei seinem ersten wichtigen Entscheid, der Einführung der papierlosen Staatsratssitzungen.

Aus Spörri's Sicht braucht der Walliser Staatsapparat interkantonal keinen Vergleich zu scheuen. Über seine persönlichen politischen Ansichten äussert er sich nicht, auch wenn er weiss, dass sich seine Vorgänger hier deutlicher eingebracht haben. «Ich bin parteilos und für alle offen», interpretiert er seine Rolle. In die Sachdossiers der Regierung mischt er sich im Wesentlichen nur aktiv ein, wenn sie aus juristischer Sicht den richtigen Pfad zu verlassen drohen.

Herr Spörri, was macht ein Staatskanzler?

«Der Staatskanzler dient der Präsidentin oder dem Präsidenten des Staatsrates. Die Staatskanzlei bildet für Bürger, Ämter und Institutionen die Eingangstür zum Staat. Militärisch könnte man die Staatskanzlei auch als Generalstab des Staatsrates bezeichnen.»

Was ist dort konkret zu tun?

«Wir bereiten die Unterlagen für die Regierungsgeschäfte vor sowie Rechts- und Beschwerdedossiers gegen Departementsentscheide. Zur Kanzlei gehören auch der Informations-, Übersetzungs- und Weibeldienst. Das macht uns zu einer Art Kolonialwarenladen der Verwaltung.»

Wie viele Personen stehen Ihnen zur Verfügung?

«Aktuell sind es 42 Mitarbeitende.»

Ist das viel oder wenig?

«Wir bemühen uns um Effizienz, wollen schlank sein. Zum Vergleich: Der Kanton Genf leistet sich in seiner Staatskanzlei 160 Angestellte ohne massgeblich andere Dienste, sieht man von den internationalen Kontakten ab, die dort sicher eine bedeutendere Rolle spielen.»

«Statt Berge von Akten haben die Regierungsmitglieder heute nur noch den Bildschirm vor sich»

Philipp Spörri, Staatskanzler

Sie sind seit neun Jahren im Amt. Was hat sich seither massgeblich verändert?

«Die Aufgaben werden immer komplexer, das ist wohl überall so. Verändert wurde der Arbeitsstil der Regierung. Schon im ersten Jahr meiner Tätigkeit führten wir die papierlosen Staatsratssitzungen ein. Statt Berge von Akten haben die Regierungsmitglieder heute nur noch den Bildschirm vor sich. In der Substanz ist die Arbeitstätigkeit an sich die gleiche geblieben.»

Stiess der Wechsel nicht auf Widerspruch?

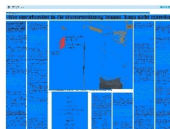
«Nein, dieser Wechsel auf informatisierte Arbeit wurde von den Regierungsmitgliedern begrüsst. Eine zehnmündige Programmeinführung genügte. Wir kommen seither alle viel effizienter vorwärts.»

Das Tempo kann nicht alles sein. Pro Staatsratssitzung, die in der Regel vier bis fünf Stunden dauert, werden im Schnitt zwischen 250 und 300 Geschäfte behandelt. Ist das noch seriös?

«Sie müssen wissen, dass die Geschäfte alle seriös vorbereitet sind. In der Qualität der Vorbereitung liegt das Geheimnis der raschen Behandlung der Dossiers. So gesehen ist die Arbeit durchaus gewissenhaft. Im Übrigen handelt es sich bei den meisten Geschäften um technische Sachthemen. Den Regierungsmitgliedern fehlt dazu oft die Fachkenntnis. Sie müssen sich also auch auf ihre Mitarbeiter in den Departementen verlassen können, die entsprechende Empfehlungen abgegeben haben.»

Kommen die Regierungsmitglieder gut vorbereitet in die Sitzungen?

«Wer es nicht macht, stösst relativ rasch an. Denn wer unvorbereitet ist, kann nicht mitreden. Er hat



dann unter Umständen mit seinen Leuten im Departement, die das Geschäft vorbereitet haben, ein Problem. Jeder kann in Entscheidungsfindungen verlieren, aber wenn dies auf mangelnde Vorbereitung zurückzuführen ist, ist es besonders schmerzhaft.»

«Für mich ist Zurückhaltung im Entscheidungsprozess wichtig. Die Entscheidung trifft der Staatsrat, nicht der Kanzler»

Philipp Spörri, Staatskanzler

Mit welchen Zielsetzungen gehen Sie selbst in die Staatsratssitzungen?

«Ich will offen sein und als Ansprechpartner für alle zur Verfügung stehen. Für mich ist die Zurückhaltung im Entscheidungsprozess wichtig. Die Entscheidung trifft der Staatsrat, nicht der Kanzler.»

Das heisst, Sie intervenieren nie?

«Im Wesentlichen dort, wo die Diskussion aus rechtlicher Sicht aus dem Rahmen läuft. Die juristischen Elemente sind in der Regierungsarbeit sehr wichtig, zumal der Staatsrat im Verwaltungsrecht auch eine Gerichtsbehörde ist.»

Der Bundeskanzler wird oft als achter Bundesrat bezeichnet. Sind Sie der sechste Staatsrat?

«Ich bin nicht der sechste Staatsrat, sondern der erste Diener des Staatsrates.»

Wo sehen Sie den Einfluss des ersten Dieners?

«Neben dem aktuellen Tagesgeschäft bringe ich mich dank meinen Mitarbeitern in die langfristige strategische Ausrichtung der Regierungsarbeit ein. Diese manifestiert sich im Regierungsprogramm, das darauf abzielt, das Potenzial des Wallis anhand seiner Stärken zu entwickeln. Unsere Empfehlungen stützen sich dabei auf analytische Auswertungen von Statistiken und Prognosen.»

Was erfordert in Ihrem Alltag den grössten Zeitaufwand?

«Die Staatsratssitzungen vom Mittwoch sind ein fixer Meilenstein. Daneben gibt es Sitzungen mit den einzelnen Departementen, überdies sitze ich in Arbeitsgruppen und Kommissionen. Ich leiste da reine Führungsaufgaben. Besonders zeitraubend waren früher auch das Krisenmanagement, etwa bei Affären wie Cleusix oder Giroud. Im Moment brauchen wir gottlob kein Krisenmanagement.»

Welches Dossier beschäftigt Sie im Moment am meisten?

«Juristische Fragen, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Wir müssen uns ebenfalls stärker in die Bundesangelegenheiten einklicken und sind nun am Aufbau einer neuen Lobbying-Strategie.»

«Die Eidgenossenschaft ist uns gut gesinnt. Die Solidarität zu den Berggebieten entwickelt sich aber rückläufig»

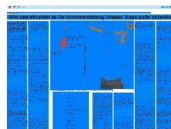
Philipp Spörri, Staatskanzler

Wie sehen Sie das Walliser Verhältnis zu Bundesbern?

«Die Eidgenossenschaft ist uns gut gesinnt. Man trägt dem Umstand Rechnung, dass in den Randregionen schwierigere Bedingungen herrschen als im Mittelland. Die Solidarität zu den Berggebieten entwickelt sich aber rückläufig, die Städte und Agglomerationen drängen auf eine andere Lastenverteilung. Das Umfeld wird härter, die Bundesgelder dürften kaum mehr ansteigen. Das muss für uns Anstoss sein, unabhängiger zu werden. Daran ist grundsätzlich nichts Schlechtes.»

Welches Potenzial hat denn der Kanton aus Ihrer Sicht?

«Sehr wichtig ist das Verhältnis zwischen Politik und Wirtschaft. Es braucht Arbeitsplätze für alle.»



Und eine gesunde Wirtschaft erlaubt eine gesunde Sozialpolitik. Man muss aber einsehen, dass der Einfluss der Politik auf die Konjunktur letztlich gering ist. Im Schul- und Bildungssystem geht das Wallis einen guten, richtigen Weg. Die Ausbildung bietet heute jedermann eine gute Chance.»

«Leider lässt sich gegen die Abwanderung aus den Seitentälern Richtung Rhonetal wenig unternehmen»

Philipp Spörri, Staatskanzler

Wo sehen Sie für den Kanton im Moment besondere Herausforderungen?

«Die industriellen Altlasten machen mir Sorgen. Das wird aufzuarbeiten sein. Die dritte Rhonekorrektur ist ein sehr wichtiges Projekt. Es geht da um die Sicherheit künftiger Generationen. Leider lässt sich gegen die Abwanderung aus den Seitentälern Richtung Rhonetal wenig unternehmen.

Es ist nicht auszuschliessen, dass das Wallis in den nächsten Jahren eine starke Zuwanderung von Pensionierten erfahren wird, wie das im Tessin in den 1970er- und 1980er-Jahren der Fall war. Diese Wohn- und Lebensmobilität schafft neue Herausforderungen für den Kanton.»

«Dass wir beim Kanton unnötige Stellen geschaffen haben, lasse ich nicht gelten»

Philipp Spörri, Staatskanzler

Der Kanton entpuppte sich zuletzt als Job-Generator. Über 100 Stellen wurden neu

geschaffen. Mittlerweile decken die Steuereinnahmen nicht mehr die Lohnkosten der Kantonsverwaltung. Das kann es doch nicht sein.

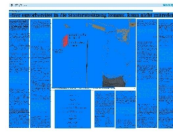
«Das ist eine Behauptung, die schlicht nicht den Fakten entspricht, und die finanzielle Situation des Kantons ist gut. Jede neue Stelle muss einem objektiven Bedarf entsprechen und dieser muss auch klar nachgewiesen werden. Trotzdem können wir nur einem kleinen Teil der Stellennachfragen aus der Verwaltung nachkommen. Einzige Ausnahme dieser Regel ist die Personalübernahme bei Reorganisationen von Bundesinstanzen im Wallis. Wir haben Mitarbeiter übernommen, die bei den Zeughäusern und jetzt beim Militärflugplatz Sitten vom Bund abgebaut wurden. Dass wir unnötige Stellen geschaffen haben, lasse ich aber nicht gelten.»

Wenn die Gehälter nicht mit dem eigenen Geld zu bezahlen sind, findet sich rasch einmal eine Rechtfertigung. Warum wird der Staatsapparat immer grösser?

«Weil auch die Ansprüche an den Staat wachsen. Unsere Mitarbeiter in der Steuerverwaltung arbeiten beispielsweise im Vergleich zum Kanton Genf das Dreifache an Dossiers. Im Quervergleich mit anderen Kantonsverwaltungen sind wir mit unseren rund 3600 Staatsbeamten immer noch schlank und effizient. Unsere Mitarbeitenden sind polyvalent einsetzbar, arbeiten dort, wo Arbeit anfällt. Es gibt niemand, der nur eine einzige, klar definierte Arbeit ausführt.»

«Die Leute akzeptieren heute weniger als früher. Sie wehren sich, was als Folge der besseren Bildung begrüssenswert ist. Dass die Zunahme an Rechtsfällen gewisse Entwicklungen verzögert, ist die Kehrseite davon»

Philipp Spörri, Staatskanzler



Zu Spott und Ärger führt die Vielzahl von Juristen in der Verwaltung...

«Die Verrechtlichung ist heute eine Realität. Es gibt viel mehr Rechtsfälle, weil die Leute sich wehren und Meinungen oder Versprechen von Autoritäten nicht mehr einfach so akzeptieren wie noch früher. Das ist auch eine Frage der besseren Bildung, was durchaus begrüssenswert ist. Die Leute sind heute viel besser informiert. Dass die Zunahme an Rechtsfällen gewisse Entwicklungen verzögert, ist die Kehrseite davon.»

Zurück zum Staatsrat: Gerüchte wollen wissen, nach dem Ausscheiden von Oskar Freysinger habe sich der Teamgeist wieder gebessert...

«Das kann ich so nicht bestätigen. Freysinger hat sich ins Kollegium eingefügt und die Sitzungsarbeit der Regierung nicht beeinträchtigt. Es gab viel Krisenarbeit in der letzten Legislatur zu bewältigen, aber dies ist kein Indiz auf die Geisteshaltung der Regierung untereinander. Die Krisenbewältigung kann auch ein Team besser zusammenschweissen.»

Was könnte im Staatsrat besser laufen?

«Er funktioniert als politische Behörde durchaus gut. Jeder bringt sich aufgrund seiner Herkunft, seiner beruflichen Erfahrung und seines Charakters ins Gremium ein. Verbesserungswürdig wäre die Einführung der neuen Staatsräte in ihre Funktion. Sie werden in ihre Funktion gewählt und anderntags sollen sie bereits als Kollegium regieren sowie als Departementschefs eine Vielzahl von Mitarbeitern leiten.»

Sind Sie überlastet? Bräuchte es allenfalls sieben Regierungsmitglieder?

«Aus meiner Sicht sind die Aufgabenbereiche mit fünf Staatsräten durchaus zu meistern. Die Beanspruchung eines Staatsrats als Departementschef hängt nicht zwingend von der Grösse seines Departementes, sondern vielmehr von der Anhäufung der Probleme ab. Die Repräsentationsarbeit ist ein anderes Thema. Da muss jeder selber wissen, was er sich zumuten will.»

«Aus meiner Sicht ist eine Aufstockung auf sieben Staatsräte nicht nötig. Das würde die Regierungsarbeit erschweren, weil es mit sieben Persönlichkeiten schwieriger ist, einen Konsens zu finden»

Philipp Spörri, Staatskanzler

Eine Aufstockung auf sieben Staatsräte ist demnach nicht nötig?

«Aus meiner Sicht ist dies nicht nötig, und dabei beschränke ich mich bewusst auf die Betrachtung des Funktionierens der Regierungstätigkeit. Sie würde die Regierungsarbeit eher erschweren, weil es mit sieben Persönlichkeiten schwieriger ist, einen Konsens zu finden, als mit fünf.»

Eine breitere Berücksichtigung der Regionen und Parteien in der Regierung sehen Sie nicht?

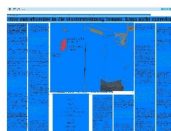
«Das sind politische Fragen.»

Und?

«Ein Staatsrat betreibt zum allergrössten Teil Sachpolitik. Seine parteipolitische Gesinnung ist weniger entscheidend, als man von aussen vielleicht wahrnehmen könnte. Das beweist die Tatsache, dass im Staatsrat sehr selten über ein Thema abgestimmt wird. Das Gremium diskutiert, bis es einen tragbaren Entscheid hat. Allenfalls wird ein Geschäft auch mal verschoben, um weitere Entscheidungshilfen beizubringen.»

Sie erlebten inzwischen rund ein Dutzend Staatsräte. Wie tick(t)en Sie, mit wem hatten/haben Sie es besonders gut?

«Jeder funktioniert anders. Das ist gut so. Bisher hatte ich mit jedem Staatsrat einen guten Draht, und wichtig ist die Bereitschaft von jedem, den anderen anzuhören. Das Leben ist Wandel, und nur wer sich ständig mit den Veränderungen aus-



einandersetzt, bleibt offen für den anderen. Diesen Grundsatz bringen alle mit und dies garantiert auch eine gute Zusammenarbeit.»

Mit Esther Waeber-Kalbermatten sahen Sie die erste Frau in den Staatsrat einziehen. Hat sich dadurch etwas verändert?

«Im Staatsrat herrscht Sachlichkeit, da spielen Geschlechterfragen keine massgebliche Rolle. So gesehen gibt es keinen Unterschied, ob sie oder einer der männlichen Kollegen das Präsidium führt.»

Bei Ihrer Wahl setzten Sie sich im Dezember 2009 immerhin gegen die heutige Bundesrätin Viola Amherd durch. Was hat das für Sie für eine Bedeutung?

«Das ist längst kein Thema mehr.»

Wie lange bleiben Sie noch Staatskanzler?

«Ich bin jetzt 61. Es besteht zumindest im Moment keine Absicht, vorzeitig in Pension zu gehen.»

Das Gespräch führte Thomas Rieder

ZUR PERSON

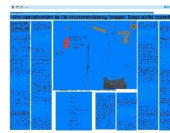
Philipp Spörri wurde am 9. Dezember 2009 zum Walliser Staatskanzler gewählt, am 1. März 2010 trat er sein Amt an. Zuvor war er 16 Jahre Dienstchef des Verwaltungs- und Rechtsdienstes beim Departement für Volkswirtschaft. Vor seinem Eintritt in die kantonale Verwaltung arbeitete Spörri als Adjunkt beim Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement (EVD).

Seine Ausbildung zum Juristen machte er nach der Matura in Brig an der Universität Bern, wo er anschliessend am privatrechtlichen Institut als Assistent wirkte. In seiner Zeit beim Bund promovierte Spörri an der Universität Freiburg 1992 mit einer Dissertation über das System der Milchkontingentierung als extremste Form der Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit.

Spörri stammt aus Wettingen, wo er am 24. Januar 1958 geboren wurde. Mit drei Jahren kam er nach Visp, wo sein Vater in der Lonza arbeitete. In seinen Studienjahren war er ein erfolgreicher Handballer beim KTV Visp. Sein heutiges Hobby ist der Umgang mit den beiden eigenen Pferden und die Rebberge. Er lebt heute mit seiner Frau und seinem 15-jährigen Sohn in Veyras. Spörri ist parteilos.

Staatskanzler seit 1848

Seit 2010	Oswald Allet
Philipp Spörri	1896–1913
1988–2010	Charles Roten
Heinrich von Roten	1888–1895
1972–1988	Raphaël Dallèves
Gaston Moulin	1858–1888
1941–1972	Emmanuel Barberini
Norbert Roten	1853–1858
1924–1941	Vakant
René de Preux	1848–1853
1913–1924	Charles-Louis de Bons



Kurz gefragt – kurz geantwortet

Sport oder Lesen?

Ich lese täglich fünf bis sechs Zeitungen. Und Bücher

Wein oder Bier?

Beides mit Mass

Winter oder Sommer?

Sommer, der Temperaturen wegen

Kino oder Fernsehen?

Beim Fernsehen hat man Auswahl, im Kino ist das Programm vorgegeben

Wirtschaft oder Politik?

Beides. Im Beruf dominiert die Politik, die Wirtschaft interessiert mich als Jurist

Fleisch oder Käse?

Käse schmeckt besser

Berge oder Wasser?

Wasser. Mein Sternzeichen ist Wassermann

E-Mail oder Briefpost?

Mails sind schneller und effizienter

Ober- oder Unterwallis?

Schade, dass wir nicht imstande sind, zwischen den Regionen mehr Brücken zu bauen